

rote blätter 4

Wolfgang Gehrcke, Siegfried Ransch und Christiane Reymann

Fünf gegen Eine:

Abrüstung, Russland, Frieden im Wahlkampf – ein Vergleich

und "Abrüstung jetzt und hier beginnen"

Antrag der Fraktion DIE LINKE

Mit Außenpolitik sei kein Wahlkampf zu gewinnen, lautet ein landläufiges Argument. Nur stimmt es so nicht; geschichtlich hat Willy Brandt entscheidend mit der Neuen Ostpolitik gewonnen und Gerhard Schröder mit seinem Versprechen, keine deutschen Soldaten in den Irakkrieg zu schicken. Hinzu kommt, dass in diesem Bundestagswahlkampf so eng wie selten zuvor „Außenpolitik“ mit Innerem und Sozialem verwoben ist.

Etwa in Form von Rüstungsausgaben, namentlich der NATO-Vorgabe, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben. Das sind Abermilliarden, die schon jetzt an allen Ecken und Enden fehlen:

Im Wohnungsbau, der Infrastruktur, Bildung, Gesundheitswesen...

Oder auch in Gestalt des Verhältnisses zu den USA:

Vollzieht die deutsche Politik weiter das nach, was aus Washington über den Atlantik herüberschwappt – von Massenbespitzelung der eigenen Bevölkerung bis zu großmannsüchtigem Politikstil gegenüber Nachbarn und Partnern?

Im Übrigen:

Wer heute für gute Nachbarschaft zu Russland eintritt, gewinnt damit eher Wahlen; schließlich geht es um Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa. So sieht das auch die Mehrheit der Bevölkerung.

DIE LINKE hat sich ein klares, ein unverwechselbares friedenspolitisches Profil erarbeitet, auch und nicht zuletzt mit der Friedensbewegung und der Friedensforschung. Das ist eine große Stütze im Wahlkampf.

Das belegt nicht zuletzt der Antrag „Abrüstung jetzt und hier beginnen“, den die Linksfraktion Ende Juni ins Parlament eingebracht und den Wolfgang Gehrcke mit seiner letzten Bundestagsrede begründet hat. Beide sind in diesem Heft abgedruckt.

Im Folgenden stellen wir einen friedenspolitischen Vergleich an zu den Wahlprogrammen der Bundestagsparteien sowie der *FDP* und der *AfD*. Wir hoffen und wünschen, dass es den Wahlkämpfenden nützt.

Wolfgang Gehrcke, Siegfried Ransch und Christiane Reymann

Die Wahlprogramme der Bundestagsparteien sowie von FDP und AfD zur Bundestagswahl 2017 – ein friedenspolitischer Vergleich

von Wolfgang Gehrcke, Siegfried Ransch & Christiane Reymann

Zur Ausgangslage vor der Wahl

Eine breite Mehrheit der Bevölkerung hat verstanden: Frieden ist besser als Krieg. Sie lehnt Krieg ab. Überwiegend keine Einsicht hat sie allerdings bisher, dass sie selbst aktiv etwas für Frieden tun muss; deshalb entwickelt sie kaum oder gar kein Zutrauen in die eigene Kraft. Dieselbe Mehrheit von etwa 75 Prozent der Wahlberechtigten unterteilt sich in Parteiorientierungen, so fließend und wechselhaft sie auch sind:

Unionswähler halten *CDU* und *CSU* für Friedensparteien. Deutschland, EU, NATO sind für sie Friedensmächte; sie tragen deren bellizistische Kriegs-, Rüstungspolitik und deren massive Stimmungsmache gegen Russland, China und volksrevolutionäre Bewegungen mit. Quer durch alle Klassen sind sie für selektive Aufnahme bzw. Abwehr von Flüchtlingen. Die sozialen Hauptstützen für diese Politik sind alle Schichten der Großbourgeoisie, mittlere und kleine dito, die Militär- und Sicherheitsbediensteten, auch bestimmte Kreise der Kirche bieten hierfür Rückhalt.

Ein größerer Anteil unter Wählern der *SPD* wünscht sich sehr, deutlich an der Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt anzuknüpfen. Einzelne *SPD*-Politiker engagieren sich dafür und für eine Abkehr vom bisherigen Kurs, der in der Legitimation von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Aufrüstung mündete; entsprechende Ansätze finden sich auch im *SPD*-Wahl- und Regierungsprogramm. Sie sind bemerkenswert. Doch bestimmend und stärker bleibt vorerst das Festhalten an der NATO und der Militarisierung der EU, denn das ist ihre politische Praxis und Realität.

Ähnlich sieht es im *Grünen*-Umfeld aus, ihre Konfrontation zu Russland und China freilich fällt massiver aus als bei der *SPD*.

DIE LINKE ist die Bundestagspartei der aktiven Friedens- und antifaschistischen Bewegungen. Dort und bei Menschen, die sich an gewerkschaftlicher Solidarität orientieren, eine humanistische und auf friedliche Konfliktlösungen setzende Grundhaltung haben, findet *DIE LINKE* den stärksten Rückhalt bei Wahlen; auch, mit

abnehmender Tendenz, in sozial ausgegrenzten Schichten. Sie alle erwarten von der *LINKE* eine unzweideutige Friedenspolitik und kein Abrutschen nach Art der Grünen. Dem entspricht das *LINKE*-Wahlprogramm, das die praktizierte parlamentarische und außerparlamentarische Friedenspolitik der *LINKE* widerspiegelt.

FDP-Wähler sind ganz nah bei *CDU/CSU*-Mentalitäten hinsichtlich Krieg/Frieden; ihre besserverdienenden bürgerlichen Schichten sind zu finden unter Selbständigen, Freiberuflern, Angestellten und Mittelschichte wie Apotheker, Zahntechniker, Architekten, Anwälten u.dgl.

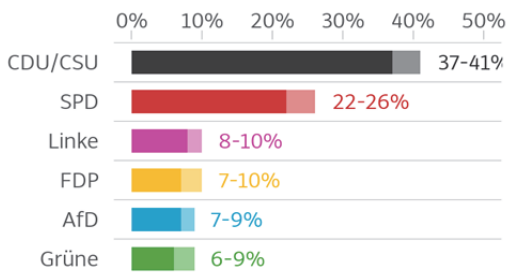
AfD-Wähler rekrutieren sich quer durch alle Klassen aus denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die rückwärtsgewandt deutsch-nationalistisch sind und aus diesen Gründen Gegner der EU und des Euro. Sie pflegen die Feindschaft zum Islam, sind besonders rassistisch gegenüber Afrikanern, Arabern und Türken, die Asylsuchenden sollen aus Deutschland herausgedrängt werden. Sie sind für NATO und Hochrüstung, aber gegen „fremde Interessen“ und für „deutsche Interessen“ first.

Daten und Fakten

Mitte Juli, zwei Monate vor der Bundestagswahl, erfassen Meinungsumfragen Präferenzen für die größeren Parteien.

Laut Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer vom 21.7.2017, ergeben die Antworten auf die Frage: „Wenn am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre...“: *CDU/CSU* 40%; *SPD* 24%; *Linke* 8%; *Grüne* 8%; *FDP* 8%; *AfD* 8%; *Sonstige* 4%. Die Forsa-Umfrage vom Juli (2.500 Befragte) weist diese Prozente aus: *Union* 40, *SPD* 22, *DIE LINKE* 9, *Grüne* 8, *FDP* 8 und *AfD* 7, *Sonstige* 6, *Nichtwähler/Unentschiedene* 23.

Die Wahlzentrale Süddeutsche.de gibt eine Übersicht zur Sonntagsfrage von sieben Meinungsforschungsinstituten.



Umfrageergebnisse liefern keine exakten Werte, sondern geben eine Spanne an, innerhalb der die Ergebnisse für eine Partei wahrscheinlich liegen. Die Institute setzen verschiedene Methoden ein, die zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Die Balken zeigen den gewichteten Mittelwert der jeweils neuesten Umfrage von sieben Instituten.

Das Elite-Panel

Zwischen Meinungsbarometer und Wahlkampfhilfe changiert das Elite-Panel, das Allensbach im Juli 2017 für *FAZ* und *Capital* erarbeitet hat. Dazu befragte das Meinungsforschungsinstitut 521 Führungskräfte aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung, darunter 85 Vorstände von Unternehmen mit mehr als 20 000 Beschäftigten, 24 Minister und Ministerpräsidenten sowie 33 Leiter von Bundes- und Landesbehörden. Wir weisen extra auf dieses Elite-Panel hin, denn hier ist der Kreis erfasst, der ganz wesentlich Meinungen macht.

Einige Fragen und Antworten: „Wird es Europa auch ohne enge Beziehungen zu den USA gelingen, seine Interessen in der Welt zu verfolgen?“ 61% Ja; 36% Nein; 3% Unentschieden. „Kann sich die EU sicherheitspolitisch und militärisch von den USA lösen und stärker eigenverantwortlich handeln?“ 69% Nein; 28% Ja; 3% Unentschieden. Die Erhöhung der deutschen „Verteidigungsausgaben“ hält eine Mehrheit (keine Zahlangabe in der *FAZ*) für wichtig oder sehr wichtig. Nur eine Minderheit der Führungskräfte meint, dass die Bundeswehr für die Bündnisaufgaben im Rahmen der NATO materiell ausreichend gerüstet sei. Die befragten Politiker lehnen die Wiedereinführung der Wehrpflicht „klar“ ab. Die Hälfte der befragten Unternehmer und Manager stimmten für die Wehrpflicht. (*FAZ*, 21.7.2017; S. 17)

Die Allensbach- „Elite“ besteht aus direkten Angehörigen der herrschenden Kapitalfraktionen oder deren Oberoffizieren; diese gesellschaftlichen Befehlshaber sind für weitere Aufrüstung. Fast 70% sprechen sich für die enge sicherheitspolitische und militärische Bindung an die USA aus; durchaus beachtlich zugleich, dass 28% der Befragten meinten, die EU könne sich sicherheitspolitisch und militärisch von den USA lösen und stärker eigenverantwortlich handeln. Sie haben das ideologisch-politische Kampffeld für eine eigenständige imperialistische Wehrmacht Europa eröffnet.

Im *FAZ*-Panel (*faz.net*) ist Merkel bei Chefs beliebt, anders Schulz: „*SPD*-Kandidat Martin Schulz ist es bisher nicht ansatzweise gelungen, die deutschen Eliten von seiner Eignung als Kanzler zu überzeugen“. Bereits Anfang des Jahres, vor seiner

Nominierung, hatten sich im Panel 87% für eine weitere Kanzlerschaft von Angela Merkel ausgesprochen. Die hohe Zustimmung blieb. In der jüngsten Befragung sprachen sich nur 12% für eine Kanzlerschaft von Martin Schulz aus. Die Führungsspitzen warnen, die *SPD* sollte „nun bloß nicht stärker nach links rücken“. Zwei Drittel derjenigen, die sich als Anhänger der *SPD* bezeichnen, meinen, die *SPD* solle auf die Mitte zielen.

Die Grünen haben schwer zu kämpfen. Bis vor einem Jahr waren ihre Umfragewerte zweistellig, nun dümpeln sie einseitig. Es liege an falscher Themenwahl und falschen Personen, meinen mehr als die Hälfte der Befragten. 40% sehen die „Anliegen der Grünen, ob in der Kernenergie oder Friedensbewegung“, weitgehend erfüllt. Mehrheitlich wünschen sich die Führungskräfte die Grünen wieder im Bundestag, doch weniger als 20% in einer Bundesregierung.

„Raketenhaft“ sei der Aufstieg des *FDP*-Vorsitzenden Christian Lindner. Mit einer Zustimmung von 81% ist er „bei den Chefs fast so beliebt wie Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit 84%, den die Eliten hinter Merkel (91) auf Platz zwei setzen.“ Klar auch die Präferenzen zur neuen Koalition: In den Chefetagen liegt mit 65% nun eine schwarz-gelbe Bundesregierung weit vorn. Realistisch jedoch erwarten nur 38 Prozent im Herbst eine Regierung aus *Union* und *FDP*, 39 Prozent halten eine große Koalition für wahrscheinlich.

Zusammenfassend scheint nach der Bundestagswahl nur eines sicher: auch die nächste Bundesregierung wird von der *Union* geführt. Die konkreten Koalitionen hängen von den Stimmergebnissen im Einzelnen ab.

Vergleich der Wahlprogramme hinsichtlich friedenspolitischer Positionen

Hinsichtlich ihrer friedenspolitischen Positionen sind die Wahlprogramme namentlich der *CDU*, *CSU* sowie der *FDP* zur Bundestagswahl 2017 Stückwerk. Die betreffenden Texte klingen wie Korrespondenzbeiträge zu NATO-, EU- und deutschen Rüstungsprogrammen. Diese Parteien nehmen die komplexen Zusammenhänge von Friedenspolitik überhaupt nicht wahr. Sie haben keinen Begriff davon, dass Frieden nachhaltig nur im Umfeld mit einem Weltgemeinwohl wachsen, blühen und gedeihen kann. Im September 2015 hatten die 193 Mitgliedsstaaten der UN eine Agenda 2030 beschlossen. Deren 17 Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) zielen auf eine substanzielle Reduzierung sozialer Ungleichheit, den aktiven Klimaschutz und die Förderung von „Frieden, Gerechtigkeit und starken Institutionen“. Erstmals wurde in einem universellen

Abkommen das politisch-ökologisch-soziale Gefüge des Weltgemeinwohls formuliert. Dieser Gesamtzusammenhang liegt den Entwicklungen hin zu Frieden und weg von Kriegen zugrunde.

Im *AfD*-Wahlprogramm wird jede friedenspolitische Attitüde von vornherein einem rückwärtsgewandten, islamfeindlichen, deutsch-nationalistischen Standpunkt untergeordnet. NATO-Rüstung wird befürwortet, eine EU-Aufrüstung abgelehnt, stattdessen deutsche Hochrüstung für „deutsche Interessen“. In den Wahlprogrammen von *SPD* und *Grünen* finden sich einige Vorstellungen aus der UN-Agenda 2030 sowie Forderungen für Rüstungsbegrenzung bzw. für Abrüstung wieder. Zugleich befürworten sie – und das ist dann ein eklatanter Widerspruch – grundsätzlich den NATO- und EU-Kurs.

DIE LINKE hat in ihr Wahlprogramm den gesamten komplexen Zusammenhang für aktive Friedenspolitik aufgenommen. In sie geht auch die geschichtliche Erfahrung der militärischen Zurückhaltung ein, an die sich die beiden deutschen Staaten – solange es sie gab - in vielleicht unterschiedlicher Lauterkeit, aber dennoch gehalten hatten. Es ist ein konzentriertes Programm friedlicher Konfliktlösungen als Alternative zur herrschenden Politik der Aufrüstung, Beteiligung an imperialen Kriegen, des weiteren Umbaus der EU zur Kriegsmacht und des Einsatzes von wirtschaftlicher Macht als Waffe gegen die Armen dieser Welt.

Der nun folgende Vergleich der Wahlprogramme konzentriert sich auf

- Aufrüstung
- Abrüstung in Deutschland und Europa
- Auslandseinsätzen der Bundeswehr
- NATO
- Atomwaffen
- Gesellschaftliche Militarisierung
- Sicherheitspolitische Aspekte der Fluchtbewegungen
- Verhältnis zu Russland

Dazu werden Aussagen aus den Wahlprogrammen von *Union*, *CSU*, *SPD* (Wahlprogramm und 10-Punkte-Plan von Martin Schulz), der *LINKEN*, *Grünen*, *FDP* und *AfD* zitiert, in Klammern hinter jedem Zitat die Seitenzahl, die – mit Ausnahme der *FDP*: für sie beziehen wir uns auf das gedruckte Programm – identisch ist in der gedruckten und der PDF-Form.

Im Netz kann am einfachsten auf alle Programme zugegriffen werden über die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:

http://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramme_btwahl2017.html.

Aufrüstung

Union

„Wir stehen zu unserer Verantwortung im Rahmen von UNO, NATO und EU.“ (6)

„Die Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, sind ein Stück weit vorbei. Wir Europäer müssen unser Schicksal konsequenter als bisher in die eigene Hand nehmen. ... Ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und der Prosperität, die es – falls erforderlich – auch gemeinsam verteidigen kann.“ (55)

„Wir stehen zur Bundeswehr...werden dafür sorgen, dass sie ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann in den Einsätzen weltweit, bei der Bündnis- und Landesverteidigung und bei Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen in der Heimat.“ (64)

„ ... haben wir auf der Grundlage des neuen Weißbuches der Bundesregierung von 2016 eine Trendwende eingeleitet. Nach 25 Jahren der Schrumpfung wächst die Bundeswehr wieder... So soll die Zahl der Bundeswehrangehörigen bis 2024 um 18 000 Menschen zunehmen. Wir haben den Materialstau in den vergangenen vier Jahren aufgelöst und Ausstattung in Höhe von 30 Milliarden auf den Weg gebracht.“ (65)

„ ... haben wir ein neues Cyberkommando mit Cyberinspekteur aufgestellt... IT-Sicherheit und Cyber-Defence müssen ins Zentrum von Forschung und Strategie rücken. Der Ausbau der Universität der Bundeswehr in München als zentrale Forschungsstelle für Cybersicherheit muss weiter vorangetrieben werden.“ (65)

„Zentral für die wachsende Bundeswehr ist die ‚Trendwende Finanzen‘. Wie auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales vereinbart, wollen wir unsere Ausgaben für Verteidigung bis zum Jahre 2024 schrittweise in Richtung 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Dieser Beschluss dient unserer eigenen Sicherheit vor Gefährdungen von außen. Er wurde vom Bündnis einstimmig und mit dem damaligen US-Präsidenten Obama gefasst und seinerzeit von der gesamten Bundesre-

gierung, von *CDU*, *CSU* und *SPD*, mitgetragen. Seine Umsetzung ist auch eine Frage der Verlässlichkeit.“ (65) Zu dieser gegen die *SPD* gerichteten Spitze weiter unten.

CSU

„Wir müssen unsere nationalen Interessen ebenso selbstverständlich formulieren, wie es andere Staaten tun. Wir werden deutschen Interessen in der Außenpolitik selbstbewusst mehr Geltung verschaffen. Sie liegen als Exportnation beispielsweise im freien und fairen Handel, in der Rohstoff- und Energiesicherheit. Wir müssen darauf achten, dass wichtige Schlüsseltechnologien in Deutschland bleiben. Im Wettbewerb mit aufsteigenden Nationen, allen voran China, wollen wir weltweit Standards mitprägen und die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft exportieren... Zusammen mit unseren europäischen und internationalen Partnern, besonders EU, NATO und USA, stehen wir für eine Politik von Sicherheit und Stabilität in Partnerschaft.“ (29) „Parallel zu Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes werden wir auch Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab 1:1 aufstocken.“ (30)

„Für mehr Personal und beste Ausrüstung für unsere Bundeswehr stocken wir den Verteidigungsetat kontinuierlich auf... Wir wollen eine umfassende Modernisierung der Bundeswehr bei der Digitalisierung, den Informations- und Kommunikationssystemen und bei der Befähigung zur vernetzten Operationsführung. Deutschland muss bei Drohnentechnologie und Cyberabwehr Vorreiter werden. Rüstungsprojekte wollen wir gemeinsam mit unseren europäischen Partnern auflegen.“ (30)

SPD-Wahl- und Regierungsprogramm

„Europa ist ein Friedensprojekt und die SPD als Friedenspartei steht für eine Außenpolitik der klugen Diplomatie. Im Geiste der Entspannungspolitik Willy Brandts ist es unser Anspruch, Brücken zu bauen. Aufrüstung und Säbelrasseln lösen keine Konflikte. Europa, die USA, Russland und China tragen gemeinsam Verantwortung für den Frieden in der Welt und den Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Deshalb können nur der Dialog zwischen den Regierungen, die Verständigung zwischen den Völkern und eine gelebte Solidarität zwischen Nord und Süd zu mehr globaler Sicherheit führen.“ (4)

„Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik.“ (77)

„Auch in der Verteidigungspolitik wollen wir stärker zusammenarbeiten und die Integration von Streitkräften der Mitgliedsstaaten voranbringen... 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bieten die große Chance, durch mehr Zusammenarbeit auch bei den Verteidigungsausgaben effizienter, leistungsfähiger und kosten günstiger zu werden.“ (77)

„Gemeinsam mit den EU-Mitgliedern, die unsere Ziele bereits heute teilen, wollen wir über die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion verständigen, die einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen muss. Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene ständige Zusammenarbeit... ermöglicht schon jetzt konkrete Maßnahmen der engeren Kooperation und Arbeitsteilung auf dem Weg zu einer europäischen Armee.“ (77)

„Sozialdemokratische Außenpolitik ist dem Frieden verpflichtet.“ (80) „Wir sind bereit, in Europa und darüber hinaus gemeinsam mit unseren Partnern Führungsverantwortung zu übernehmen und einen stärkeren Beitrag zur Lösung regionaler und globaler Sicherheitsprobleme zu leisten.“ (80)

„Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt...“ (82)

„Wir bekennen uns zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die über angemessene Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie zur internationalen Krisenbewältigung verfügen müssen... Wir werden die erkannten Lücken bei Personal und Material zügig schließen und dafür die notwendige Steigerung des Verteidigungshaushaltes sichern.“ (82)

SPD 10-Punkte-Plan

Martin Schulz, Das moderne Deutschland. Zukunft Gerechtigkeit Europa. 10 Ziele für das moderne Deutschland.

Grundlage seines Zukunftsplans, so Schulz, sei das Regierungsprogramm (=Wahlprogramm), er habe konkrete Punkte weiterentwickelt. (4) Oder verändert? Bemerkenswert: Mit dem 10-Punkte-Plan wurde die zentrale Losung des SPD-Wahlprogramms „Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit“ ersetzt durch „Das moderne Deutschland“.

Unter den 10 Zielen „für das moderne Deutschland“ lautet eines: Zu mehr Frieden in der Welt beitragen. „Die Europäische Union stärken und den Frieden sichern“ (29ff.): „Die Bundeswehr braucht mehr Geld, um ihren Aufgaben nachkommen zu können. Wir entziehen uns aber dem Zwang, die jährlichen Ausgaben für Verteidigung auf zwei Prozent des BIP und damit auf ca. 70-80 Milliarden Euro jährlich anzuheben. Der Beschluss der NATO von Wales, der alle Mitgliedsstaaten dazu auffordert, sich auf dieses Ziel zuzubewegen, ist falsch und unsinnig und wurde in Deutschland nicht parlamentarisch legitimiert. Wirtschaftliches Wachstum darf nicht automatisch zu mehr Waffen führen. Wir treten dafür ein, dass sowohl innerhalb der NATO und Europas zuerst geklärt wird, wozu und mit welchem Ziel die Verteidigungsausgaben eingesetzt werden sollen.“ (34/35)

Die deutschen und europäischen Rüstungsausgaben sind laut *SPD* zuallererst nicht unsinnig oder gar verwerflich, sondern uneffektiv, weil unkoordiniert und zu breit gestreut. „Die Effizienz der Verteidigungsausgaben in Europa beträgt nur 15% der USA. Wir müssen durch eine deutlich stärkere Integration der europäischen Fähigkeiten für Sicherheit und Verteidigung dazu kommen, unser Geld wesentlich effizienter einzusetzen. Dazu gehört auch die Konsolidierung der Rüstungsindustrie im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsunion... Und wir werden den Weg zu einer europäischen Armee beschreiten.“ (35)

DIE LINKE

„*DIE LINKE* wird ein Motor für eine globale Gerechtigkeit sein, wir stellen uns gegen die Pläne der Bundesregierung für Aufrüstung und Weltmachtspolitik... Wir wollen, dass sich Deutschland an das Völkerrecht und die universellen Menschenrechte in ihrer Gesamtheit der bürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte hält.“ (94)

„Die Bundesregierung verfolgt eine gefährliche Politik der Militarisierung der deutschen und europäischen Außenpolitik... Obwohl der deutsche Militärhaushalt in den letzten 15 Jahren deutlich angestiegen ist, fordert das Verteidigungsministerium bis 2030 rund 130 Milliarden für die Modernisierung bestehender Waffensysteme und die Aufrüstung neuer Rüstungsprojekte. Statt momentan 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr für Militärisches auszugeben, fordert die NATO sogar zwei Prozent des BIP... *DIE LINKE* lehnt eine weitere Erhöhung des Rüstungs-etats ab.“ (95) „Auslandseinsätze der Bundeswehr haben zugenommen: 1992 bis 2016 haben sie mindestens 17,2 Milliarden Euro gekostet. ... Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen umgewidmet werden

für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit. Wir wollen die Mittel der Auslandseinsätze für ein friedliches Zukunftsprogramm einsetzen.“(95)

Grüne

„Eine Erhöhung des Rüstungshaushaltes auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung lehnen wir ab.“ (67) „Eine Erhöhung der Militärausgaben ist nicht sinnvoll und wir lehnen auch entsprechende Forderungen aus der NATO, die Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, ab. (76)

„Die Bundeswehr muss VN-fähiger und europatauglicher werden... (sie muss) gut ausgestattet sein. Dafür braucht es aber keine Erhöhung des Verteidigungsetats...“ (87)

FDP

Die *FDP* pervertiert den Weltgemeinwohl-Gedanken der UN, indem sie die Entwicklungspolitik den deutschen militär- und außenpolitischen Interessen unterordnet: „Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit investiert. Dazu wollen wir schrittweise und nahtlos aufeinander abgestimmte Stärkung des Bundeshaushalts in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklung und Verteidigung erreichen.“ (54)

„Wir *Freie Demokraten* wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamen Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle.“ (S. 62) Durch wen, ob durch das EU-Parlament oder alle nationalen Parlamente, lässt die *FDP* im Nebulösen. Der Parlamentsvorbehalt des Deutschen Bundestags soll geschliffen – die *FDP* nennt es „weiterentwickelt“ – werden, so „dass gemeinsame Einsätze multinationaler Verbände von EU und NATO verfassungsfest erleichtert werden.“ (66) Die *FDP* setzt sich ein „für die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion.“ (62)

Europol soll ... zu einer EU-Bundespolizei ausgebaut und ein EU-Nachrichtendienst gegründet werden...“ (64)

„Gewaltanwendung muss immer das letztmögliche Mittel in engsten Grenzen sein...“ (65)

AfD

„Die AfD bekennt sich zu den Werten der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete Außenpolitik ein.“ (18)

Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatzbereitschaft... Derzeit genügt die Bundeswehr diesem Anspruch weder strukturell und personell noch materiell. Das ist angesichts der gegenwärtigen Bedrohung Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA gefährlich und daher inakzeptabel. Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche strukturelle, personelle und materielle Veränderungen unabdingbar.“ (19) „Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht.“ (19) Sie plädiert für den „Wiederaufbau von Heimatschutzkräften oder eines Milizsystems nach Schweizer Vorbild...“ (19)

Abrüstung in Deutschland und Europa

CDU und CSU

Keine der beiden Parteien erhebt Forderungen zur Abrüstung.

Die CDU schreibt in ihrem Wahlprogramm- Abschnitt „Europa: Mit Sicherheit!“. „Die Welt scheint an vielen Stellen aus den Fugen geraten. Autoritäre Staatssysteme sind auf dem Vormarsch, scheinbar stabile Staaten sind zerbrochen. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Selbst in unserer Nachbarschaft ist die territoriale Integrität der Ukraine durch die russische Aggression in Frage gestellt. Auch die neue amerikanische Administration hat ihre Haltung zu vielen außenpolitischen Fragen noch nicht festgelegt. (55)

„Europa ist ein Friedensprojekt... Wir müssen unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen. Deshalb hat die EU sich im Russland-Ukraine-Konflikt engagiert, deshalb streiten wir gemeinsam für das Klimaabkommen von Paris.“ (56)

SPD

„Wir setzen uns entschlossen für die weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie

konventioneller Rüstung ein... Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel.“ (81)

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind immer für die Wehrhaftigkeit und Verteidigungsfähigkeit unseres Landes und des transatlantischen Bündnisses eingetreten. Dabei bleibt es. Aber wir haben zugleich auch immer Angebote für Entspannung, Rüstungskontrolle und Abrüstung entwickelt und durchgesetzt. Genau daran fehlt es zurzeit in Europa, in der Nato und weltweit... Deshalb werden wir einen neuen Anlauf für Entspannung und Abrüstung unternehmen.“ (81)

Die SPD sieht die „Eindämmung der Rüstungsexporte zwingend“ (82), sie habe „in der Bundesregierung die transparenteste und restriktivste Rüstungsexportpolitik durchgesetzt, die es jemals in der Geschichte der Bundesrepublik gegeben hat.“ (82) „Wir werden eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Rüstungsexportpolitik Deutschlands einbringen. Sie wird ein grundsätzliches Verbot des Kleinwaffenexportes in Drittstaaten außerhalb von EU, Nato und vergleichbaren Ländern enthalten.“ (82)

„Wir fordern eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen“ (82), ein internationales Regelwerk, auch für Drohnen. Völkerrechtswidrige Tötungen durch unbemannte militärische Systeme lehnen wir kategorisch ab.“ (ebd.)

DIE LINKE

„Wir haben als einzige Partei und Fraktion im Deutschen Bundestag den Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zugestimmt und werden es auch in Zukunft nicht tun.“ (93)

„Wir kämpfen für konsequente Abrüstung und wollen den Export und die Produktion von Waffen und Rüstungsgütern verbieten. Die Umbrüche in der Weltordnung, die Militarisierung von weltweiten Konflikten, die Aufrüstungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten machen diese Forderungen dringlicher denn je. Mit den Geflüchteten ist für viele Menschen erlebbar geworden: Die Welt von heute kennt kein Außen mehr, wir leben alle in derselben Welt. Im Inneren bedroht die gewollte Aufrüstung ... den Bestand bzw. nötigen Ausbau des Sozialstaates. Nach außen deformieren Krieg, Waffenexport und Militarisierung die zivile, soziale und demokratische Entwicklung vieler Länder. Viele Menschen sind besorgt und verunsichert durch Krieg und Terrorismus und eine drohende militärische Konfrontation zwischen den NATO-Staaten bzw. den USA und Russland.“ (93)

„Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen beenden, die der Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen.“ (95)

„Wir wollen die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, der Fachleute in Konfliktgebiete entsendet, bis 2020 verdoppeln. Zusätzlich wollen wir einen Europäischen Zivilen Friedensdienst ins Leben rufen...“ (95)

„Derzeit ist Deutschland der weltweit drittgrößte Exporteur von Waffen... Als ersten Schritt wollen wir alle Exporte von Kleinwaffen und Waffenfabriken verbieten.“ (96)

„Unser Ziel ist, dass Rüstungsexporte verboten werden und die gesamte Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland eingestellt wird. Wir wollen mit gesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern aus Gewerkschaften, Friedensbewegung und Kirchen Konversionsprogramme für die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie entwickeln, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.“ (96)

„Vom Boden der Bundesrepublik Deutschland aus dürfen keinerlei militärische Drohneneinsätze in anderen Ländern koordiniert oder geleitet werden. Die militärischen Standorte in Deutschland, die derzeit an solchen Drohnenkriegen beteiligt sind – wie Ramstein, das AFRICOM und das EUCOM – müssen geschlossen werden.“ (97)

Grüne

„Die EU soll nach innen wie nach außen ein Friedensprojekt sein.“ (66) Sie „soll aktiv an einer globalen Friedensordnung im Rahmen der Vereinten Nationen und an der Schaffung eines gesamteuropäischen Systems kooperativer Sicherheit, ausgehend von der OSZE, mitarbeiten.“ (75) Und das „in einer Zeit, in der sich durch die aggressive Großmachtspolitik Russlands unter Präsident Putin, die von Abschottung und nationalistischem Denken geprägte Politik des amerikanischen Präsidenten Trump und die vielen Krisenherde im Nahen Osten und in Nordafrika die Rahmenbedingungen für die Sicherheit der EU grundlegend ändern.“ (75)

„... Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und andere Krieg führende Parteien (näheren) die Kriege im Nahen Osten...“ (83) „Der Export in Staaten außerhalb der EU, der NATO und an NATO-gleichgestellte Länder darf nur in ganz wenigen ... Fällen und nur im Rahmen der VN-Charta erfolgen.“ (83)

„Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU“ und „gegen die Beschaffung oder Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen für die Bundeswehr... Wir wollen nicht, dass die USA ihre Basen in Deutschland für völkerrechtswidrige Angriffe nutzen. Die Überflugrechte und Militärbasen ausländischer Streitkräfte in Deutschland dürfen ausschließlich im Sinne des Völkerrechts genutzt werden.“ (84)

FDP

Sie will „die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung vorantreiben. Die Weiterverbreitung von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen ist eine Gefährdung der internationalen Sicherheit... brauchen einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung.“ (57)

Zur Erinnerung: Unter Außenminister Westerwelle hatte die *FDP* noch den Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland gefordert.

AfD

Keine Forderungen zur Abrüstung.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

CDU

„Seit über 60 Jahren ist die Bundeswehr der Garant unserer äußeren Sicherheit. Aufgrund ihrer hohen Einsatzbereitschaft, ihrer Professionalität und ihrer Menschlichkeit hat sie sich höchste Anerkennung im In- und Ausland erworben. Wir stehen zur Bundeswehr... und werden dafür sorgen, dass sie ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann in den Einsätzen weltweit, bei der Bündnis- und Landesverteidigung und bei Unterstützungs- und Hilfsmaßnahmen in der Heimat.“ (64)

CSU

„Wir sind stolz auf unsere Truppe. Ihr gebührt Respekt, Dank und Anerkennung. Besonders danken wir unseren Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Beschäftigten für ihren Einsatz im In- und Ausland.“ (30)

SPD

„Die Bundeswehr übernimmt heute in den verschiedenen Auslandseinsätzen im Rahmen von Vereinten Nationen, EU und NATO große Verantwortung für Stabilität und Sicherheit in der Welt.“ (82)

DIE LINKE

„Die Bundeswehr muss aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden und darf nicht in neue Auslandseinsätze entsandt werden.“ (95)

„Die Mittel, die heute für militärische Interventionen ausgegeben werden, sollen umgewidmet werden für zivile Aufbau- und Friedenssicherungsprogramme und die Entwicklungszusammenarbeit.“ (95)

„Wir wollen die Beteiligung von Bundes- und Länderpolizeien an internationalen Polizeieinsätzen beenden, die der Unterstützung von Kriegen und autoritären Regimen dienen.“ (95)

Grüne

„Die Anwendung militärischer Gewalt ist immer ein Übel. Wir erkennen jedoch an, dass es Situationen gibt, in denen militärische Gewalt unter eng begrenzten Bedingungen als äußerstes Mittel gerechtfertigt sein kann. Das Konzept der Schutzverantwortung der VN besagt, dass es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft ist, aktiv zu werden, wenn nationale Regierungen nicht in der Lage oder willens sind, Menschen vor schweren Menschenrechtsverbrechen zu schützen ... Wir werden Einsätze der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen. Einsätze müssen grundgesetzkonform sein, das heißt nicht in verfassungswidrigen Koalitionen der Willigen, sondern im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit wie den Vereinten Nationen, der Europäischen Union oder der NATO stattfinden.“ (86)

FDP

Wir „bekennen uns uneingeschränkt zur NATO... dass wir die jüngsten Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau in vollem Umfange mittragen: Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungspositivs der NATO, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland ... stärkere Beteiligung an Einsätzen und Missionen, aber auch an einsatzgleichen Verpflichtungen, wie zum Beispiel der Teilnahme an der NATO Response Force oder an der verstärkten Vornepräsenz im Baltikum und Polen...“ (55)

AfD

Auslandseinsätze werden nicht gesondert thematisiert. Nur so viel:

„Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deutscher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab. (18)

NATO

CDU

„Wir unterstützen den Vorschlag für eine Europäische Verteidigungsunion und für einen Europäischen Verteidigungsfonds. Wir sind überzeugte Mitglieder der NATO und arbeiten für ihren Erfolg. Aber die EU muss sich selbstständig wappnen, wenn sie dauerhaft bestehen will.“ (56)

„Wir werden die transatlantischen Beziehungen wieder intensivieren. Die USA sind und bleiben ein zentraler Partner, auch im Bereich von Handel und Wirtschaft.“ (23)

CSU

„Wir Deutsche und Europäer müssen unser Schicksal wieder mehr in die eigenen Hände nehmen... Es ist Deutschlands Aufgabe, Stabilitätsanker in der Welt zu sein.“ (27) Frontex stärken (28) „Was wir Deutsche und Europäer in der Welt durchsetzen wollen, geht mit Amerika besser als alleine. Wir werden die transatlantischen Beziehungen wieder intensivieren... (28)

SPD

„Die NATO ist und bleibt ein tragender Pfeiler der transatlantischen Partnerschaft. Sie ist für Frieden und Sicherheit... unverzichtbar.“ (77)

„Die USA sind und bleiben der engste Partner Deutschlands außerhalb Europas...“ (83)

DIE LINKE

„Wir wollen die NATO auflösen und durch ein kollektives Sicherheitssystem unter Einbeziehung von Russland ersetzen, das auf Abrüstung zielt. Wir wollen, dass die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird und die Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen des Bündnisses austritt.“ (101)

Grüne

„Die NATO ist ein wichtiges transatlantisches Bindeglied und spielt für die gemeinsame Sicherheit in Europa eine wichtige Rolle. Wir wollen sie so transformieren, dass sie auch mit Dritten verstärkt zu kooperativer Sicherheit beitragen kann. Deshalb setzen wir auch auf den Dialog im NATO-Russland-Rat.“ (79/80)

FDP

„Wir *Freie Demokraten* bekennen uns zu der transatlantischen Partnerschaft. Die transatlantischen Beziehungen... sind eines der großen friedensstiftenden Elemente in Europa und der Welt.“ (54)

AfD

„Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands... Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche Sicherheitsstrategie. Im Einklang mit den ... Forderungen der USA nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europäischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken. Die NATO muss wieder ein reines Verteidigungsbündnis werden.“ (18)

Atomwaffen

CDU und CSU

Keine Aussagen

SPD

„Wir setzen uns entschlossen für eine weltweite vertragsgestützte Abrüstung von Atomwaffen, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen sowie konventioneller Rüstung ein.... Eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen bleibt unser Ziel. Mit aller Entschiedenheit wenden wir uns gegen verantwortungslose Gedankenspiele über die Schaffung einer europäischen Atomwaffenmacht oder gar eine atomare Bewaffnung Deutschlands... Deutschland hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag und im Nichtverbreitungsvertrag (NVV) völkerrechtlich zum ausdrücklichen Verzicht auf Massenvernichtungswaffen verpflichtet. Allerdings erleben wir derzeit weltweit und auch in Europa einen anderen Trend: den zur Aufrüstung im nuklearen wie im nichtnuklearen Bereich. Wir unterstützen da-

her regionale Initiativen für Zonen, die frei von Massenvernichtungswaffen sind, und setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages die verbliebenen taktischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa abgezogen werden.“ (81)

DIE LINKE

„Die letzten noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen müssen sofort abgezogen und vernichtet werden.“ (96) Es dürfen keine modernisierten Atomwaffen in Deutschland stationiert und keine Mittel für die Modernisierung der Trägerflugzeuge für den Einsatz von Atomwaffen bereitgestellt werden. Die sogenannte Nukleare Teilhabe wollen wir beenden.“ (97)

„*DIE LINKE* tritt auch in der nächsten Legislaturperiode für eine vertragliche Ächtung von Atomwaffen weltweit ein.“ (97)

Grüne

„Wir kämpfen für eine Welt ohne Atomwaffen und dafür, sie völkerrechtlich durch eine internationale Konvention zu ächten. Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat.“ (84) „Wir Grüne fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen ‚nuklearen Teilhabe‘. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU“ und „für eine internationale Konvention für das Verbot autonomer Waffen und Kampfroboter.“ (84)

FDP

Keine Aussagen

AfD

Keine Aussagen

Gesellschaftliche Militarisierung

CDU

„Wir brauchen einen starken Staat...“ (59). „Deutschland ist seit Jahren eines der sichersten Länder der Welt.“ (59) (Das) „verdanken wir unserer Polizei, unseren Sicherheitsbehörden und Nachrichtendiensten...“ (59)

„In besonderen Gefährdungslagen werden wir die Bundeswehr unter Führung der Polizei unterstützend zum Einsatz bringen... Solche Einsätze ... müssen regelmäßig geübt werden.“ (61)

CSU

„Bayern ist das sicherste Land in Deutschland.“ (3)

„Unsere freie, offene Gesellschaft darf keine Radikalisierung dulden – sei es durch Salafisten, Islamisten, Linksextreme oder Rechtsextreme. Verfassungsfeinde und Extremisten werden wir konsequent beobachten und gegen sie mit allen rechtlich gebotenen Mitteln vorgehen.“ (3/4)

„Die Hamburger Krawalle haben gezeigt, wie gewaltbereit, gefährlich und gut organisiert die linke Szene ist... Wir wenden uns gegen jede Form der Verharmlosung, wie sie in den letzten Jahren von *SPD*, *Grünen* und *Linkspartei* betrieben wurde. Das ist Verniedlichung von staatsfeindlicher Gewalt... Wer als Verein staatliche Fördergelder in Anspruch nimmt, muss sich durch eine Extremismusklausel künftig wieder verpflichten, keine extremistischen Strukturen zu unterstützen.“ (4)

„Bundeswehr im Innern einsetzen... Einsätze regelmäßig üben; (5) schlagkräftiges Cyberabwehrzentrum aufbauen.“ (5)

SPD

„... werden wir konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Terror und extremistische Gewalt vorgehen. Dafür haben wir die gesetzlichen Grundlagen geschaffen.“ (53)

„Eine Militarisierung der öffentlichen Sicherheit lehnen wir ab. Mit uns wird es, über das bereits zulässige Maß hinaus, keinen Einsatz der Bundeswehr als Hilfspolizei im Inland geben.“ (54)

DIE LINKE

„Wir wenden uns entschieden gegen den Einsatz der Bundeswehr im Innern.“ (96)

„*DIE LINKE* setzt sich dafür ein, dass rechtsextremes Gedankengut und die Pflege der Wehrmachtstraditionen in der Bundeswehr restlos aufgedeckt und bekämpft werden.“ (96)

„Eine Vermischung von zivilen und militärischen Maßnahmen lehnen wir ab. Mit „zivil-militärischer Kooperation“ und „vernetzter Sicherheit“ wird die Militarisierung der Außenpolitik verschleiert. (95)

„Wir beteiligen uns an der Bewegung für Zivilklauseln an den Hochschulen bundesweit.“ (96)

Grüne

„Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare Absage. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die in der Europäischen Union und international nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten kontrolliert zusammenarbeiten.“ (140)

Schul- und Bildungspolitik nimmt im Programm der *Grünen* einen großen Raum ein. Umso erstaunlicher, dass weder Rüstungsforschung an den Hochschulen noch Bundeswehrwerbung in den Schulen erwähnt und/oder eine Absage erteilt wird.

FDP

Keine direkten Aussagen zur Militarisierung der Gesellschaft

AfD

„Im Zeitalter hybrider Bedrohungen und von ‚Cyberangriffen‘ durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch Terrorismus gewinnt eine zivil-militärische Zusammenarbeit an Bedeutung.“ (19)

Sicherheitspolitische Aspekte der Fluchtbewegungen

CDU

„Europa muss seine Außengrenzen wirksam gegen illegale Migration schützen, die Grenzagentur Frontex stärken und das Europäische Asylsystem vollenden. Bis der Schutz der EU-Außengrenzen funktioniert, halten wir an Binnengrenzkontrollen fest.“ (56)

„Europa muss Abkommen nach dem Vorbild des EU-Türkei-Abkommens auch mit anderen Ländern in der Region und im nördlichen Afrika schließen. Wir müssen

verhindern, dass tausende Flüchtlinge von gewissenlosen Schleppern durch halb Afrika geschleust werden, um dann auf dem Mittelmeer elend zu ertrinken.“ (56)

„Wir sehen die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der Türkei für Europa ebenso wie die vielfältigen Beziehungen zwischen den Menschen in unseren beiden Ländern. Wir möchten daher die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei weiter vertiefen. ... Eine möglichst starke Kooperation zwischen der Europäischen Union und der Türkei sowie eine enge strategische Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Fragen.“ (58)

„Wir haben uns der Herausforderung der bislang größten Flüchtlingsbewegung der Nachkriegszeit gestellt. Wir haben vielen Menschen in Not geholfen und ihnen Aufnahme und Bleibe gewährt. Wir haben die Zahl derer, die kein Bleiberecht haben, wirksam reduziert. Wir haben Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien zu sicheren Herkunftsländern erklärt und so die Asylbewerberzahlen wesentlich senken können. Gleiches muss für Algerien, Marokko und Tunesien gelten.“ (62)

CSU

„Wir geben den Menschen die Garantie, dass sich der Zustand vom Herbst 2015 nicht wiederholen wird. Wir haben dazu einen effektiven Maßnahmenplan, unter anderem mit Kontrolle der Binnengrenzen, Reduzierung der Migrationsströme, Obergrenze und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Integration muss nach dem Maßstab unserer Leitkultur erfolgen.“ (2)

„Die Balkanroute muss geschlossen bleiben und es dürfen keine neuen Routen entstehen.“ (15) Abkommen nach dem Vorbild EU-Türkei... (15) „Im Notfall muss ... mit Transitzentren im Grenzbereich die Begrenzung sichergestellt werden.“ (15)

„Der größte Akt der Humanität ist eine wirkungsvolle Fluchtursachenbekämpfung.“ Und: „Wir wollen Länder in den Krisenregionen stärker unterstützen, damit sich die Menschen gar nicht erst auf den gefährlichen Weg zu uns machen.“ (15)

„Die seit langem geforderte Obergrenze von 200 000 Flüchtlingen pro Jahr für Deutschland ist notwendig, um eine gelingende Integration zu gewährleisten.“ (16)

Diese Maßnahmen auf dem Hintergrund der generellen Haltung der CDU zu Flüchtlingen im Kapitel „Damit Deutschland Deutschland bleibt“ „... Leitkultur ...

ist das, was unser Land stark gemacht hat ... Leitkultur umfasst die bei uns geltende Werteordnung christlicher Prägung, unsere Sitten und Traditionen sowie die Grundregeln unseres Zusammenlebens. Leitkultur ist das Gegenteil von Multikulti und Beliebigkeit.“ (13) Das christliche Menschenbild trägt unsere Werte...“ (13) „Wir fordern, dass die Muslime in Deutschland sich für einen Islam einsetzen, der unserer Werteordnung aus Humanismus und Aufklärung entspricht und salafistischen Strömungen eine klare Absage erteilt.“ (13)

„In Deutschland gehört es sich, auch Frauen mit Handschlag zu begrüßen.“ (14) Und: „Wir wollen das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit ... verbieten.“ (14)

SPD

„Fluchtursachen wollen wir mit außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Initiativen bekämpfen. Es ist unser Ziel, zerfallende Staaten zu stabilisieren und Gewalt und Bürgerkriege einzudämmen. Wir setzen uns darum für eine neue Abrüstungsinitiative ... ein.“ (58)

Außengrenzen besser vor illegalen Grenzübertritten schützen ... (58) Frontex stärken (58)

Wir schaffen ein Einwanderungsgesetz (21) (Martin Schulz, 10Punkte-Plan)

DIE LINKE

„Über 65 Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Kriegen, Bürgerkriegen und Verfolgung. Die meisten kommen nicht nach Europa, sondern suchen Zuflucht in den Nachbarländern ihrer Heimat. Die internationale Flüchtlingshilfe ist unterfinanziert. Die Bundesregierung und die EU müssen die finanziellen für die Flüchtlingshilfe, vor allem für das UNHCR, erheblich anheben.“ (97)

„DIE LINKE ist die Partei der internationalen Solidarität. Die acht reichsten Menschen auf der Welt besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag ... Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ist eine direkte Prävention gegen Armut, Gewalt und Krieg. Wir wollen den Reichtum radikal umverteilen ... bilden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO eine wichtige Grundlage.“ (98)

„Es ist mit einem demokratischen und menschlichen Europa nicht vereinbar, dass Tausende von Menschen auf ihrem Weg in ein vermeintlich sicheres Europa im Mittelmeer ertrinken oder in rechtsfreien Räumen in Auffanglagern und Abschiebezentren vor den Grenzen interniert werden. Zur Beseitigung der Fluchtursachen wird ein gemeinsames Agieren der EU-Mitgliedsstaaten benötigt. Wir streiten für legale und sichere Fluchtwege nach Europa. Diese würden Leben retten und das Geschäft der Schlepper unterbinden.“ (107)

„Fähren statt Frontex! Frontex muss abgeschafft und durch eine koordinierte See-rettung in europäischer Verantwortung ersetzt werden.“ (107)

„Die Verantwortung, die Flüchtlinge zu schützen, darf nicht auf Drittstaaten außerhalb der EU übertragen werden. Der von der Kanzlerin vorangetriebene EU-Türkei-Deal muss aufgekündigt werden. Die Pläne, in Nordafrika Auffanglager zu schaffen, lehnen wir ab. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden.“ (107)

„Das EU-Dublin-System ist gescheitert. Wir setzen uns für ein faires und solidarisches System der Flüchtlingsaufnahme und Verantwortungsteilung in der EU ein. Ein Ausgleich soll vor allem finanziell hergestellt werden („Fluchtumlage“).“ (108)

Grüne

„Auf dem afrikanischen Kontinent fliehen Menschen vor Gewalt, wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, geschlechtsspezifischer Verfolgung und den aktuell sich verschärfenden Hungerkatastrophen, besonders in Somalia, Südsudan, Nigeria, aber auch im Jemen.“ (65)

„Wer vor Krieg, Gewalt oder Verfolgung nach Deutschland flieht, dem wollen wir Schutz bieten. Aber auch mit Blick auf die Einwanderung wollen wir das Staatsbürgerschaftsrecht endlich der Realität anpassen.“ (67)

FDP

„... wollen ein geordnetes Einwanderungsrecht schaffen ... Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar ... einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist.“ (34) „Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns ... selbst aussuchen. Deutschland ist auf die Einwanderung von qualifizierten und fleißigen Menschen angewiesen ...“ (34)

AfD

Laut AfD dominiert nicht Deutschland die EU, sondern umgekehrt: Die EU dominiert Deutschland bis hin zu dessen faktischer Auflösung: „Mit den Verträgen von Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat, der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staatsgebiet aufgibt, löst sich auf ... verliert seine Eigenstaatlichkeit. Wir wollen den souveränen, demokratischen Nationalstaat erhalten.“ (7) „Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine, machtvolle politische Oligarchie.“ (8)

Export von Gefängnissen, deutsche Gefängnisse im Ausland: „Zur Entlastung der innerdeutschen Justizvollzugsanstalten, aber auch zur Erhöhung der Abschreckungswirkung des Strafvollzugs, sind für ausländische Straftäter durch Vereinbarungen mit ausländischen, möglichst heimatnahen Staaten dort Vollzugsanstalten einzurichten, die den Anforderungen der EMRK (Europäischen Menschenrechtskonvention- d.Verf.) entsprechen, unter deutscher Leitung und der Anwendung deutschen Rechts stehen ...“ (23)

Maßlose Überzeichnung: „Aus beiden Ursachen – dem Bevölkerungswachstum Afrikas und dem Wohlstandsgefälle zu Europa – entsteht ein Wanderungsdruck, der Dimensionen einer Völkerwanderung hat ... Im arabischen Raum werden 23 Prozent der Bevölkerung als auswanderungswillig eingeschätzt, in Afrika unterhalb der Sahara etwa 37 Prozent. In absoluten Zahlen sind dies derzeit rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen, überwiegend junge Männer. Bis 2050 wird sich deren Zahl auf rund 950 Millionen erhöhen.“ (28)

Kein Asyl, Menschen willkürlich rausschmeißen: „Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden ...“ (29) Eine erfolgreiche Anpassung all dieser Menschen, ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist unmöglich. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine Minuszuwanderung.“ (29)

Grundgesetz und Internationales Recht abschaffen: „Der massenhafte Missbrauch des Asylgrundrechts muss durch eine Grundgesetzänderung beendet werden...müssen die veraltete Genfer Flüchtlingskonvention und andere supra- und internationale Abkommen neu verhandelt werden ...“ (30)

„Kulturkrieg“ aller gegen alle: „Die Türkei gehört kulturell nicht zu Europa. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben Anlass zur Sorge ... Die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO ist zu beenden, die Bundeswehr aus Incirlik abzuziehen und alle direkt und indirekt an die Türkei ... gewährten Geldleistungen umgehend zu

stoppen. Die AfD lehnt ferner den Beitritt der Türkei zur EU ab und fordert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.“ (19) „Der Islam gehört nicht zu Deutschland.“ (34)

„Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen Kulturkrieg.“ (34)

Leitkultur: „Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung ... Die Ideologie des ‚Multikulturalismus‘ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften.“ (47)

Russland

CDU

„Autoritäre Staatssysteme sind auf dem Vormarsch, scheinbar stabile Staaten sind zerbrochen. Millionen Menschen sind auf der Flucht. Selbst in unserer Nachbarschaft ist die territoriale Integrität der Ukraine durch die russische Aggression in Frage gestellt.“ (55)

„Wir müssen unsere gemeinsame geostrategische Verantwortung für Freiheit und Frieden wahrnehmen und bei der Bewältigung von Konflikten in unserer Nachbarschaft mithelfen. Deshalb hat die EU sich im Russland-Ukraine-Konflikt engagiert, deshalb streiten wir gemeinsam für das Klimaabkommen von Paris.“ (56)

„Wir appellieren an Russland, das Abkommen von Minsk dauerhaft einzuhalten und umzusetzen und führen beständig den Dialog weiter.“ (64)

Die Bundesregierung ist eine treibende Kraft für die fortdauernde Verlängerung der EU-Sanktionen gegen Russland. Im Wahl- resp. Regierungsprogramm der CDU finden sie keine Erwähnung.

CSU

„Die Russland-Sanktionen dürfen nicht zum Dauerzustand werden.“ „Deutschland kommt eine besondere Rolle als Brückenbauer zu Russland zu. Auch wenn der Dialog mit Russland schwierig ist, wir müssen ihn in enger Abstimmung mit unse-

ren Partnern aufrechterhalten. Viele Konflikte in der Welt, auch in Syrien, können nur mit und nicht gegen Russland gelöst werden. Wir setzen uns für einen Fahrplan zur Rückführung der Russland-Sanktionen ein und unterstützen einen flexiblen Abbau der Sanktionen bei schrittweiser Umsetzung des Minsker Abkommens.“ (29)

SPD

„Unser Verhältnis zu Russland ist durch das Vorgehen der russischen Regierung in der Ostukraine und den Bruch des Völkerrechts durch die Annexion der Krim belastet ... Wir sind jedoch davon überzeugt, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit, nicht ohne oder gar gegen Russland möglich sind. Dazu bedarf es der Deeskalation, der Rückkehr zum politischen Dialog und der differenzierten Anwendung von Sanktionsmechanismen.“ (84)

Substanzielle Fortschritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens würden eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Russland nach sich ziehen. Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an.“ (84)

DIE LINKE

„Seit 16 Jahren führen die USA und die NATO mit Beteiligung Deutschlands ... Krieg um Einflussnahme und Zugriff auf die auf die Ressourcen in Zentralasien und dem Nahen Osten. Die Kriege in Afghanistan und dem Irak haben zur Destabilisierung der Regionen geführt und das Entstehen des ‚Islamischen Staates – Daesh‘ begünstigt.“ (94) „Dieser angebliche ‚Krieg gegen den Terror‘ ist gescheitert. Auch Russland führt in Syrien einen ‚Anti-Terror-Krieg‘. Der ‚Krieg gegen den Terror‘ hat viele Menschen das Leben gekostet und noch mehr Gewalt hervorgebracht.“ (94)

„Die NATO dehnt ihren Einflussbereich bis an die Westgrenze Russlands aus. Der Beitritt weiterer Länder zur NATO wie Georgien, der Ukraine oder Mazedonien würde die Spannungen mit Russland weiter anheizen. Viele Menschen in unserem Land sind beunruhigt wegen der Verschlechterung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu Russland ... (Es) findet mitten in Europa, in der Ukraine, ein heißer Krieg statt. Zwischen der EU und Russland bestimmen Sanktionen und Gegensanktionen das Bild. Wo Abrüstung geboten wäre, dominiert auf beiden Seiten verbale und militärische Aufrüstung ... Wir halten diese Konfrontationspolitik für fatal.“ (100)

„DIE LINKE tritt für die Stärkung der OSZE als wichtigem Format der gesamteuropäischen Kooperation ein ... Wir wollen eine neue, auf Entspannung orientierte Ostpolitik. Sicherheit in Europa kann nur Sicherheit mit und nicht gegen Russland sein

... Militärmanöver oder Pläne zur Stationierung von Waffensystemen entlang der russischen Westgrenze heizen Konflikte an. Wir setzen uns gegen Militärmanöver ein. Den Einsatz und die Stationierung deutscher Soldaten in den osteuropäischen Staaten wollen wir unterbinden.“ (100)

Grüne

„Eine Vielzahl von Kriegen, Krisen und Konflikten bedroht den Frieden und betrifft auch Europa. Dies gilt nicht zuletzt für den äußerst brutalen Krieg in Syrien und den globalen Terror des ‚IS‘ und anderer islamistischer Gruppen. Die Kriegsparteien haben das humanitäre Völkerrecht de facto außer Kraft gesetzt.“ (65)

„Viele Staaten haben eine Mitverantwortung für das Entstehen gegenwärtiger Krisen und Konflikte. Unter Präsident Putin hat Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, dem militärischen Vorgehen in der Ostukraine und mit dem brutalen militärischen Eingreifen auf der Seite Assads zu einer erheblichen Verschärfung der internationalen Spannungen beigetragen.“ (66)

„Eine Lösung des Konfliktes in der Ukraine kann nur eine politische und diplomatische sein. Daher halten wir am Minsk-Prozess fest. Wir halten gezielte Sanktionen der EU gegen verantwortliche Individuen, öffentliche und privatwirtschaftliche Institutionen für ein wirksames Mittel der Außenpolitik und halten derzeit an der Aufrechterhaltung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation fest.“ (75)

FDP

„... fordern die russische Regierung auf, die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim und den Krieg in der Ostukraine unverzüglich zu beenden ... beobachten wir die zunehmende Unterdrückung der Opposition und Zivilgesellschaft in Russland mit großer Sorge ...“ (54)

„Solange Präsident Putin seine Interventionspolitik fortsetzt, müssen daher die Sanktionen gegen Russland aufrechterhalten und eine Wiederaufnahme Russlands in die G8 ausgeschlossen werden.“ (55)

„... unerlässlich, miteinander im Gespräch zu bleiben ... in der OSZE oder im NATO-Russland-Rat, oder durch zivilgesellschaftliche Kontakte ... „Kooperation mit Ukraine, Moldau und Georgien ... weiter ausbauen“. (55)

AfD

„Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa. Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interessen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen. Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte vielmehr vertieft werden.“ (19)

Ein eigenartiger Widerspruch, schließlich sind für die AfD die „USA ... der wichtigste Bündnispartner Deutschlands.“ Nicht Geschichte oder Verantwortung aus dem deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion diktieren die Positionen der AfD zu Russland. Vielmehr strebt die AfD eine deutsche Vorherrschaft in Europa an. Für sie ist es „folgerichtig und in deutschem Interesse, den europäischen Einfluss in der NATO zu stärken.“ Hierin trifft sich die AfD mit dem Agieren der Bundeskanzlerin, die mit einer anti-Trump-Rhetorik Trump-Politik in Europa durchsetzt.

LINKEN-Profil im Wahlkampf

Politisches Profil, wahrnehmbare Persönlichkeiten und Glaubwürdigkeit sind, zumindest was *DIE LINKE* angeht, entscheidend für das Abschneiden bei Wahlen. Das politische Profil der *LINKEN* wird bestimmt durch soziale Gerechtigkeit, nicht zuletzt gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten, und durch Abrüstung. Kanonen und Butter wird es zusammen nicht geben. Die Entscheidung ist klar: Mehr für Soziales, Bildung, Entwicklung heißt konsequente Abrüstung, tiefgehende Kürzung des Rüstungsetats, Verbot von Rüstungsexporten. *DIE LINKE* ist DIE Abrüstungspartei - nicht nur im Wahlkampf.

Für *DIE LINKE* und ihre Spitzenkandidaten Sarah Wagenknecht und Dietmar Bartsch gilt:

- radikale Kürzung des Rüstungsetats;
- Nein zum Ziel der NATO, zwei-Prozent-des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung zu verpulvern;

- bestimmte Waffenarten dürfen in Deutschland nicht weiter stationiert werden und sind aus den Arsenalen der Bundeswehr sofort zu entfernen, das betrifft die US-Atomwaffen in Deutschland, das NATO-Konzept der atomaren Teilhabe und den Einsatz von Drohnen mit Hilfe von US-Basen, so Ramstein;
- *DIE LINKE* wird im neuen Bundestag sofort beantragen, das Konzept der atomaren Teilhabe aufzukündigen und die USA aufzufordern, ihre Atomwaffen von deutschem Boden sofort abzuziehen.
- *DIE LINKE* wird nicht auf eine „gesamteuropäische Lösung“ für den Abzug von Atomwaffen warten, wie es die SPD vorschlägt. Das hieße: Sankt-Nimmerleins-Tag. *DIE LINKE* setzt sich für sofortige Verhandlungen mit den USA über dieses Thema ein.
- *DIE LINKE* hat immer wieder an die Bundesregierung appelliert: Macht uns Russland nicht zum Feind. Dieser Appell gilt auch im Wahlkampf. Ohne Russland keine europäische Sicherheit.
- Das Geschäft mit Rüstungsexporten ist ein unmoralisches Geschäft mit dem Tod. Wer Rüstung exportiert, zum Beispiel nach Saudi-Arabien oder in die Türkei, stärkt Diktaturen und verkauft den Tod in alle Welt.
- Rüstungsproduzenten wie Heckler und Koch werden entschädigungslos enteignet.
- Alle anderen Parteien sind NATO-Parteien. *DIE LINKE* bleibt dabei: Die NATO ist ein Kriegsbündnis, sie muss aufgelöst werden. Deutschland könnte in einem sofortigen ersten Schritt aus den militärischen Strukturen der NATO austreten.

Rede von Wolfgang Gehrcke in der Bundestagsdebatte am 29. Juni 2017 zum Antrag der Fraktion DIE LINKE "Abrüstung jetzt und hier beginnen"

Danke sehr, Frau Präsidentin! - Die eigentliche Frage, die man sich stellen muss, lautet: Wollen wir einen Sozialstaat und alles, was wir leisten können, einbringen, um einen Sozialstaat aufzubauen, oder wollen wir einen Rüstungsstaat? Beides zusammen geht nicht. Kanonen und Butter hat es zusammen nie gegeben, man hat sich immer entscheiden müssen. Meine Entscheidung und die Entscheidung meiner Fraktion ist völlig klar: Wir wollen alle Kräfte im Sozialen verstärken, und deswegen wollen wir raus aus der Spirale der Rüstung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte gerne, dass die Frage der Abrüstung eine der wahlentscheidenden Fragen wird. Ich glaube, es gibt auch eine gute Chance, sie dazu zu machen. Deswegen sage ich zu SPD und Grünen: Lassen Sie uns doch im Wahlkampf konkurrieren, wer die besten Vorschläge zur Abrüstung einbringt. Wenn Ihre besser sein sollten, hätten Sie mich fast überzeugt. Wenn unsere besser sind - wir haben Ihnen ja etwas vorgelegt -, dann hoffe ich, dass ich Sie überzeugen kann. Ein Wahlkampf, der sich um die Frage der Abrüstung dreht, ist für mich etwas Konstruktives in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Mein Wunsch war es immer, persönlich und in der Fraktion dazu beizutragen, dass um Frieden weltweit gekämpft wird - in den Parlamenten, aber auch auf den Straßen und Plätzen, auf internationalen Treffen. Es hat immer eine Chance gegeben, aus Gewalt und Krieg herauszukommen und eine Friedenspolitik zu entwickeln. Eine Friedenspolitik braucht unser Land. Da kann man sehr viel bewegen, wenn man anderen Ländern Ängste nimmt und Vertrauen aufbaut. Man baut eben kein Vertrauen auf, wenn man dabei bleibt, 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben - ein komisches Ziel, für dessen Beibehaltung sich Volker Kauder ausgesprochen hat. Um es einmal deutlich zu sagen: Das wären ungefähr 70 Milliarden Euro im Jahr, die dafür herausgeschmissen würden, um Leben zu vernichten, wenn man sich auf dieses Ziel festlegt. Das halte ich für eine Katastrophe. Deswegen erwarte ich von der CDU/CSU nicht sehr viele Vorschläge, was wirkliche Abrüstung angeht.

Meine Hoffnung ist, dass man nicht mehr auf die Gewalt der Waffen setzt. Ich bin sehr froh, dass es in unserem Land eine große Mehrheit gibt, die ein vernünftiges Verhältnis zu Russland will, die keine Auslandseinsätze der Bundeswehr will, die auf Abrüstung setzt. Ich wäre sehr froh, wenn man endlich aus den Menschheitsverbrechen des Faschismus lernen würde. Das heißt für mich: 6 Millionen Jüdinnen und Juden sind unter deutscher Verantwortung ermordet worden und 27 Millionen Bürger der Sowjetunion, die heute ja auf mehrere Staaten aufgeteilt ist. Vor diesem Hintergrund muss man aber etwas solider, kameradschaftlicher, zugeneigter mit diesen Ländern umgehen, mit Russland ebenso, wie es mit Israel geschieht. Wir können unsere Schuld nicht auf den Schultern der Palästinenser abladen, und wir können unsere Schuld auch nicht mit einem antirussischen Reflex wettmachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe die Bundesregierung immer wieder gebeten: Macht uns die Russen nicht zu Feinden! Ich bin dafür, dass die Bundeswehr sofort aus Litauen abgezogen wird. Bundeswehr an der Westgrenze Russlands war für mich immer unvorstellbar.

Ich bin auch dafür und bitte Sie, darüber nachzudenken, wie man es hinbekommt, die Atomwaffen der USA aus Deutschland abziehen. Das, was ich bei Ihnen gelesen habe, läuft auf den berühmten Sankt-Nimmerleins-Tag hinaus. Diese Atomwaffen müssen jetzt raus aus unserem Land. Das wäre eine Antwort an Trump, und das wäre ein politisches Signal.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bitte Sie sehr, auch die Debatten über Kampfdrohnen nicht auf die Frage zu reduzieren, welches System man nimmt oder welches man nicht nimmt. Ich bin dafür, dass sich dieses Parlament entscheidet, dass generell keine Kampfdrohnen von der Bundeswehr angeschafft werden dürfen. Das ist die nichtmilitärische Antwort.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde sehr gerne über die Möglichkeit reden, gleiche Sicherheit in Europa herzustellen. Gleiche Sicherheit heißt: Man braucht kein Raketenabwehrsystem. Das schafft gesplante Sicherheit.

(Beifall des Abg. Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin dafür, dass wir uns klarmachen, dass Abrüstung Vertrauen braucht. Vertrauen ist die Währung der Abrüstung. Wenn man Vertrauen aufbauen will, muss man erst einmal selbst vorangehen, bevor man es anderen abfordert. Das heißt: Die NATO-Osterweiterung und die Sanktionen haben aus meiner Sicht Vertrauen in Russland zerstört.

(Zuruf von der CDU/CSU: Die Krim-Besetzung hat das Vertrauen in Russland zerstört!)

Über eine gemeinsame europäische Sicherheit ist eigentlich nie ernsthaft verhandelt worden. Ich möchte, dass ernsthaft über ein europäisches Sicherheitssystem, das nichtmilitärisch ist und Russland einschließt, verhandelt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da das wahrscheinlich - man weiß ja nie, ob wir nicht noch zu einer Sondersitzung bei dieser Lage zusammenkommen - meine letzte Rede im Bundestag ist, sage ich: Ich vertraue mehr auf die Bevölkerung unseres Landes, die sich weiser erwiesen hat als dieses Parlament.

Ich bin aber auch der Auffassung, dass im Parlament Veränderungen denkbar sind. Man kann doch, wenn man sich zusammennimmt, sagen: Es werden keine 2 Prozent der Ausgaben für Aufrüstung verwendet. Kauder irrt sich, wenn er fordert, dass wir 70 Milliarden Euro verschleudern sollen. Es wird eine Hinwendung zu einer besseren kollektiven Sicherheit in Europa geben, wenn wir es nichtmilitärisch machen.

Wir hätten gern, dass die NATO aufgelöst wird und dass sich die Europäische Union nicht militarisiert. Darüber sind die Meinungen sicherlich gespalten. Eine vernünftige Debatte dazu wäre es mir allemal wert. Ich habe mich gerne gestritten; das wissen Sie. Das ist mein Lebenselixier. Herzlichen Dank dafür.

Ich hoffe, dass am Ende eine vernünftige Politik im Interesse unseres Landes und Europas in Form einer weltweiten Friedensbewegung, die wir brauchen, zustande kommt.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Staatsministers im Auswärtigen Amt Michael Roth)

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Alexander S. Neu, Inge Höger, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Dieter Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Petra Sitte, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Abrüstung jetzt und hier beginnen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Jahr 2017 ist ein Jahr der Kriege: Krieg in Syrien und im Jemen, Krieg in der Ukraine, kriegerische Auseinandersetzungen in Libyen, Mali, Somalia, Afghanistan, Irak. An vielen dieser Kriege ist Deutschland direkt oder indirekt beteiligt. Nicht nur US-Präsident Trump setzt Deutschland massiv unter Druck, den Rüstungsetat signifikant zu erhöhen. Auch die eigenen Ambitionen treiben die Bundesregierung zur „Trendwende“: Zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges soll die Bundeswehr wieder wachsen, mit mehr Waffensystemen und mehr Soldatinnen und Soldaten. Die Politik der militärischen Zurückhaltung, die noch unter Außenminister Westerwelle zumindest debattiert wurde, liegt weit zurück. Aktuell dominieren Forderungen, außenpolitisch und immer auch militärisch „mehr Verantwortung zu übernehmen“, d. h. deutschen Machtambitionen auch militärisch Weltgeltung zu verschaffen. Angesichts dieser Tendenzen ist festzuhalten:

1. Aufrüstung hat ihren Preis und bringt nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Nicht erst Präsident Trump, sondern Bundesverteidigungsministerin von der Leyen und andere Mitglieder der Bundesregierung selbst haben fortwährend eine Erhöhung der Rüstungsausgaben in dieser Legislaturperiode vorangetrieben. Im Jahr 2017 gibt die Bundesrepublik bereits 37 Mrd. Euro allein im Verteidigungshaushalt aus, bis 2021 sollen diese Ausgaben auf 42,3 Mrd. Euro steigen, die Ausgaben für die „Ertüchtigung“ anderer Armeen und die „Hilfe“ für deren Ausstattung noch nicht eingeschlossen. Ab 2024 sind Ausgaben von dann jährlich fast 70 Mrd. Euro geplant, wenn das von der NATO angestrebte und von Trump

eingeforderte Ziel umgesetzt wird, 2 Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär auszugeben. Dies bedeutet nahezu eine Verdopplung der deutschen Militärausgaben; sie allein wären dann höher als die derzeitigen russischen Militärausgaben von 64 Mrd. Dollar. Die zuständigen Politiker mögen das vor der Bundestagswahl noch nicht öffentlich sagen, doch die neu veröffentlichten Bewaffnungspläne des Heeres und der Luftwaffe für die nächsten 15 Jahre gehen schon von diesen Summen aus: Mit einer Erhöhung der Anzahl „schwerer“ Brigaden, einer Verdreifachung der Artilleriebataillone, und einer massiven Aufstockung der Zahlen bei Kampfflugzeugen. Dass solche Aufrüstungspläne in anderen Staaten Gegenreaktionen hervorrufen, liegt in der Logik militärischer Konfrontation. Die derzeitige Bundesregierung ist offensichtlich unfähig zu der Einsicht, dass es dringend eines Ausstiegs aus dieser Eskalationslogik bedarf.

2. Selbst eine Debatte über eine deutsche Nuklearwaffenkapazität ist vom Zaun gebrochen worden – ungeachtet der Tatsache, dass sich Deutschland seit der Unterzeichnung der Londoner Akte von 1954, der Ratifizierung des Nichtweiterverbreitungsvertrags 1969 und erneut im 2+4-Vertrag 1990 zum Verzicht auf Atomwaffen verpflichtet. Gleichzeitig votiert die Bundesrepublik in der UN-Vollversammlung gegen die maßgeblich von Österreich beförderte Initiative von über 100 meist nichtpaktgebundenen Staaten zu einem Atomwaffenverbot und boykottiert die entsprechenden Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen.

3. In dem Maß, wie auch die Gewinne der deutschen Rüstungsindustrie steigen, nimmt die globale Sicherheit ab. Die Bundesrepublik beschafft immer komplexere Kriegswaffensysteme, insbesondere Offensiv-Waffen wie moderne Panzer und Kampfdrohnen, des Weiteren massiv Großraumtransport-Flugzeuge und Raketentechnik.

Die deutschen Rüstungsexporte erreichten 2016 den zweithöchsten Wert seit der Gründung der Bundesrepublik, wie die aktuellen Zahlen des Friedensforschungsinstituts SIPRI belegen. Waffen deutscher Rüstungshersteller wie Heckler & Koch sind in fast allen gewaltsamen Auseinandersetzungen weltweit zu finden. Deutsche Rüstungsschmieden errichten zunehmend mehr Rüstungsproduktionsstätten in anderen Ländern, auch nichteuropäischen. Der unverantwortliche Rüstungsdeal zwischen Rheinmetall und der Türkei zum Aufbau von Rüstungsbetrieben in der Türkei zeigt, was die Rüstungsindustrie bei entsprechenden Profiterwartungen macht, wenn ihr keine politischen Schranken gesetzt werden.

4. Auch der weitere Ausbau der militärischen Strukturen der NATO innerhalb der Bundesrepublik destabilisiert die Sicherheit in Europa und weltweit. Die in Büchel lagernden Atomwaffen der USA sollen, allen Protesten zum Trotz, nicht abgezogen, sondern modernisiert und so niedrigrschwelliger einsetzbar werden.

Die Vereinbarung über die Nukleare Teilhabe Deutschlands verpflichtet die Bundesrepublik, im Ernstfall unter dem Kommando der USA mit Flugzeugen der Bundeswehr US-Atomwaffen abzuwerfen. Diese Einsätze werden fortdauernd geübt.

Der deutsche Sitz in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO erscheint offensichtlich so prestigeträchtig, dass die Bundesregierung zu keinem Zeitpunkt ernsthaft einen Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe erwogen, und deshalb auch nicht wirklich auf den Abzug der US-Massenvernichtungswaffen aus Deutschland gedrängt hat. Vom NATO-Luftkommando AIRCOM auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein leiten die USA über dessen Relaisstation weiter unbehelligt völkerrechtswidrige Drohneneinsätze in Afrika und dem Nahen Osten an. Von Ramstein aus sollen ab 2018 auch alle Raketenabschussbasen des NATO-Raketenschildes kommandiert werden. Es handelt sich dabei um ein System, das das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland im Bereich nuklearer Waffen auf fatale Weise untergraben wird.

Auch die geheimdienstlichen Strukturen der NATO-Staaten, v. a. der USA, werden weiter aufgerüstet. In Wiesbaden, bei Darmstadt und im Generalkonsulat der USA in Frankfurt/M befinden sich große Ausspährichtungen von NSA und CIA, die millionenfach den Telefon- und Fernmeldeverkehr in Deutschland überwachen können. Auch sie sollen weiter ausgebaut werden.

5. Präsident Trump begründet seine Aufrüstungspläne unter anderem mit dem Kampf gegen den Terrorismus. Dabei ist längst klar: Der Kampf gegen den Terror kann sozial und kulturell gewonnen werden, militärisch, mit einem „Krieg gegen Terror“, jedoch niemals. Sollte die Bundesregierung das Zwei-Prozent-Aufrüstungs-Ziel akzeptieren, unterwirft sie sich Trumps militärischer Logik. Zugleich erklärt sich Deutschland aber außerstande, die 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit aufzubringen, zu deren Zahlung sich die Bundesrepublik rechtsverbindlich verpflichtet hat, anders als bei den NATO-Rüstungszielen, die nicht rechtsverbindlich sind.

6. Nicht nur die NATO, auch die ursprünglich zivil ausgerichtete Europäische Union militarisiert sich. Sie ist schon heute nicht mehr nur zivil, sondern hat sich mit der Global Strategy nun auch eine eigene militärische Strategie und eigene militärische Instrumente, zur Erhöhung und Effektivierung der Rüstungsausgaben geschaffen, z. B. einen „Verteidigungsfonds“. Zwischen „willigen“ EU-Ländern soll die militärische Zusammenarbeit mit Battle Groups und einem neuen eigenen Hauptquartier für eigenständige EU-Militärmissionen forciert werden. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel einer europäischen Armee. Schon heute werden in „multi-nationalen Verbänden“ bei der Bundeswehr militärische Formationen anderer Länder dem deutschen Kommando unterstellt.

7. Angesichts dieser Tatsachen ist Abrüstung und nicht Aufrüstung das Gebot der Stunde. Durch wirksame Rüstungsbegrenzung und internationale Verträge müssen Angriffskriege unmöglich gemacht werden. Im Bewusstsein der historischen Verantwortung, die aus der deutschen Geschichte erwächst, muss die Bundesregierung vorangehen, um eine Wende von einer Politik der Aufrüstung zur Abrüstung einzuleiten: Mit einseitigen Schritten zur Abrüstung, mit Initiativen für Vertragsverhandlungen im Rahmen der OSZE, zuallererst zur konventionellen Abrüstung in Europa in der Nachfolge des KSE-Vertrags; und auch indem sich Deutschland für ein atomwaffenfreies Mitteleuropa einsetzt. All das hätte Signalcharakter und würde Vertrauen bilden, nicht zuletzt im Verhältnis zu Russland. Sicherheit in Europa braucht die Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Länder, und dies setzt Abrüstung voraus.

Durch einen Verzicht auf bestimmte Waffensysteme könnte Deutschland Schritte zur strukturellen Nichtangriffsfähigkeit gehen und andere Staaten ermuntern, ebenfalls ihre militärischen Kapazitäten zu verringern. Zugleich muss der Rüstungsexport in die Länder des Südens als Export von Tod und Verwüstung gestoppt werden. Ein solcher Einstieg in die Abrüstung würde hier und weltweit finanzielle Ressourcen freisetzen, die dringend benötigt werden, um Hunger, Krankheiten, Unterentwicklung und andere Menschheitsaufgaben wirksam angehen zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. statt einer Agenda der Aufrüstung der NATO ein Programm der Abrüstung aufzulegen.

Als großes Land in der Mitte Europas hat Deutschland die Verantwortung, Entspannung und Vertrauensbildung voranzubringen;

2. die auf verschiedenen NATO-Gipfeln debattierte Orientierung, 2 % des BIP für Rüstung einzusetzen, abzulehnen;

3. jegliche Exporte von deutschen Rüstungsgütern, inklusive Kleinwaffen, in die Länder außerhalb Europas sofort zu verbieten;

4. einen umfassenden Plan für die Industrie-Konversion zu erarbeiten, um ohne Verlust von Arbeitsplätzen den Ausstieg aus der Rüstungsindustrie einzuleiten, und einen entsprechenden Strukturwandel in Gang zu setzen;

5. die Initiative für eine ständige Abrüstungskonferenz zu konventionellen und nuklearen Waffen in Europa im Rahmen der OSZE zu ergreifen; auf der Verhandlungen zu Truppenstärken, Waffenobergrenzen, Abstandsregeln und taktischen Atomwaffen mit Russland aufgenommen werden;

6. die Stationierung von Bundeswehreinheiten an den Westgrenzen Russlands sofort zu beenden. Deutschland wird sich nicht weiter an militärischen Manövern an den Grenzen Russlands beteiligen;

7. die Stationierung von US-Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik und die Nukleare Teilhabe umgehend aufzukündigen;

8. eine weitere Mitarbeit Deutschlands am Raketenschirm in Osteuropa einzustellen;

Die Übernahme des Kommandos durch AIRCOM in Ramstein wird gestoppt und der Betrieb der Überwachungszentrale untersagt. Die Zahlung von finanziellen Projekt-Beiträgen wird eingestellt;

9. sich sofort im Rahmen der Vereinten Nationen an den Verhandlungen über ein Verbot von Atomwaffen zu beteiligen und den rechtsverbindlichen deutschen Verzicht auf Atomwaffen zu bekräftigen. Die Bundesregierung wird an der nächsten Verbots-Verhandlungsrunde im Juni 2017 in New York konstruktiv teilnehmen;

10. eine Initiative für ein völkerrechtlich bindendes Verbot von bewaffneten Drohnen, autonomen Waffensystemen und von atomwaffenfähigen Marschflugkörpern auf den Weg zu bringen;

11. desgleichen Initiativen zur Eindämmung von Cyber Warfare zu unternehmen;

12. den Etat des Verteidigungsministeriums 2018 in einem ersten Schritt um 6 Milliarden Euro zu kürzen. Die Beschaffung u. a. der Waffensysteme Korvette 130, der bewaffnungsfähigen Drohne Heron TP, des Kampfpanzer Leopard 2 (Nachlieferung), Transportpanzer Boxer, Airbus A400M sowie Mehrzweckkampfschiff 180, European Drone und Taktisches Luftverteidigungssystem MEADS sind zu streichen bzw. zu stoppen. Über diese Entscheidung hinaus wird Deutschland ab 2018 seine jährlichen Rüstungsausgaben um 10 Prozent senken.

Berlin, den 20. Juni 2017

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Dieser Antrag ist als registrierte [Drucksache 18/12799](http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/127/1812799.pdf) des Deutschen Bundestages dort online verfügbar über den Link:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/127/1812799.pdf>

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Wolfgang Gehrcke (MdB *DIE LINKE*)
- Dr. Siegfried Ransch (Wiss. Mitarbeiter bei Wolfgang Gehrcke)
- Christiane Reymann (Autorin und Aktivistin)

Impressum

Herausgeber: Christiane Reymann und Wolfgang Gehrcke

Abdruck bitte mit Quellenangabe und Beleg-Exemplar/-Link erwünscht,

Spende erbeten

Bestellungen: Büro Wolfgang Gehrcke, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion *DIE LINKE* im Deutschen Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel: 030 / 22773184, E-Mail: wolfgang.gehrcke@bundestag.de

